

Eigentum, zinsgünstige Darlehen zum Aufbau der wirtschaftlichen Existenz sowie zur Beschaffung von Wohnraum, finanzielle Beihilfen zur Beschaffung von Hausrat, Unterstützung aus "Spenden" des "Bundes der Mitteldeutschen e. V." und des "Zentralverbandes politischer Flüchtlinge und Ostgeschädigter e. V." in Form von Nahrungsmittelpaketen und einmaligen finanziellen Förderungshilfen, amtliche Hilfe und Unterstützung bei der vorrangigen Versorgung mit Wohnraum, Arbeits- sowie gegebenenfalls Studienplätzen und die Gewährung von "Handgeldern" bzw. gelegentlich auch großzügiger Honorare für die Aktivitäten zur Unterstützung der Feindeinrichtungen selbst.

Die Ergebnisse der Analyse der von Verhafteten unternommenen feindlichen Aktivitäten in den Untersuchungshaftanstalten des MfS beweisen, daß der Gegner mit seinen Angriffen auch Wirkungen erzielt hat. Aus dieser Analyse lassen sich zugleich folgende Hauptrichtungen feindlicher Handlungen im Untersuchungshaftvollzug des MfS ableiten; das Sammeln von Informationen und die Auslieferung an feindliche Einrichtungen und staatliche Organe, das Leisten von Widerstand und renitent-provokatorisches Verhalten sowie Handlungen gegen Mitarbeiter der Linie XIV und Linie IX sowie Vorbereitungen und Versuche des Begehens von Gewaltakten mit dem Ziel des Ausbruches aus Untersuchungshaftanstalten, verbunden mit dem ungesetzlichen Verlassen der DDR.

Durch die Gesamtheit seiner Einflußnahme bezweckt der Gegner gleichermaßen, feindlich-negative bzw. ideologisch labile Personen im Innern der DDR zu gegen den Untersuchungshaftvollzug des MfS gerichteten Handlungen zu inspirieren. Es sind zunehmend Bestrebungen erkennbar, diese Kräfte zu zielgerichteten Aktivitäten zu veranlassen ur sie nach Möglichkeit mit feindlichen Handlungen Verhafteter sowie mit dem Vorgehen der Feindeinrichtungen zu koordinieren.

Beispielsweise hatten sich in einem Fall vor der Untersuchungshaftanstalt der BVfS Suhl mehrere Personen zusammengerottet und die Freilassung eines zuvor Verhafteten aus ihrem Verbindungskreis gefordert.

In einem anderen Fall hatten Anhänger der sogenannten "staatlich unabhängigen Friedensbewegung" "Kerzen für den Frieden" vor der Untersuchungshaftanstalt der BVfS Potsdam abgestellt, um auf die Inhaftierung eines "Gleichgesinnten" aufmerksam zu machen.